



Stellungnahme der SPD-Kreistagsfraktion zum Haushaltsentwurf 2012
Sitzung des Kreistags am 2. Dezember 2011

Redepassagen im Anhang, die kursiv gedruckt sind, werden nicht vorgetragen; sie werden hiermit einschließlich der darin enthaltenen Anträge zu Protokoll und zur weiteren Bearbeitung gegeben.

Fehlbuchung bei der Kreissparkasse beschert Landkreis Milliardensegen

Eine Buchungskorrektur der Bilanzexperten der Kreissparkasse sorgt dafür, dass die Landkreisschulden um 56 Mio. Euro sinken. Weil die sogenannte Bad Bank der Kreissparkasse die Berechnung ihrer Verbindlichkeiten korrigiert hat, lasten auf dem Landkreis schlagartig rund 56 Mio. Euro weniger Schulden. Ein Sprecher der Bad Bank bestätigte einen entsprechenden Bericht der „NWZ“, „GZ“ und „StZ“. Landrat Wolff und Kämmerer Stolz tanzen auf der Straße.: „Damit können wir unseren Haushalt auf einen Schlag konsolidieren und überdies die Kreisumlage auf Jahre hinaus im 30%-Punkte-Bereich halten,“ und der OB der Großen Kreisstadt in den 5 Tälern wird mit Sicherheit zum Präsidenten des „Fan-Clubs Kreisumlage“ gewählt werden!“

Eine schöne Geschichte – wenn sie denn wahr wäre! Leider aber handelte es sich bei dem, übrigens um den Faktor 1000 heruntergezonten Vorgang um ein Ereignis vor ein paar Wochen, das dem Bundeshaushalt aus der Bilanz der Bad Bank der HypoRealEstate rund 56 Mrd. € in die Kasse spülte. Hätte diese Fehlbuchung in eine Belastung gemündet – die Menschen hätte auch dies kaum beunruhigt. Je größer die Summen sind, mit denen hantiert wird, um so geringer ist das Interesse an ihnen.

Also zwar eine nette Geschichte, aber, weil sie halt leider nicht zutrifft, eine **schlechte Nachricht**.

Eine **gute Nachricht** ist dagegen das Ergebnis der Volksabstimmung zu Stuttgart 21 vom vergangenen Sonntag. Baden-Württemberg hat entschieden. Der Sonntag hat genau das gebracht, wofür auch hier im Landkreis viele in den vergangenen Wochen gemeinsam gearbeitet haben: Ein klares Ergebnis, ein **klarer Sieg für unsere Demokratie**.

Allerdings wird sich erst noch zeigen müssen, ob man große Infrastrukturmaßnahmen zusammen **mit** der Bevölkerung durchsetzen kann.

Direkte Demokratie hat sich bei S 21 eher als eine ‚Dagegen-Bewegung‘ gezeigt, die Chance; auch für den Kreis Göppingen, große Projekte wie z.B. die S-Bahn zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern zu gestalten sollten wir nutzen.

Antrag

Die Landkreisverwaltung möge zusammen mit dem Kreistag und dem Bürgerforum Möglichkeiten und Spielregeln für eine zukünftige größere Bürgerbeteiligung erarbeiten

Die Volksabstimmung hat einen Schlusspunkt unter die Auseinandersetzung um den Stuttgarter Bahnhof gesetzt. Jetzt wird die Bühne endlich frei für die vielen wichtigen Themen in unserem Landkreis.

Alle Fraktionen im Verkehrsausschuss der Region Stuttgart haben politisch verbindlich erklärt, dass sie eine **S-Bahn für uns und mit uns** uneingeschränkt wollen. Diese Steilvorlage sollten wir nun aufnehmen..

Wir unterstützen vorbehaltlos die von der Verwaltung vorgeschlagene **„Railmap S-Bahn“** mit den Inhalten:

Zeitnahe Beratung technisch machbarer Varianten einschließlich Kombi-Modell auf Basis der Angebotskonzeption 2020, vertiefte Prüfung einer oder mehrerer Varianten im Rahmen einer Kosten-Nutzen-Untersuchung und Grundsatzbeschluss zur S-Bahn

Ein **guter ÖPNV ist eine der wichtigsten Voraussetzungen** für eine umweltverträgliche Mobilität, für eine gut gemischte Bevölkerungsstruktur, für die wirtschaftliche Stärkung unseres Landkreises. Mit dem Beschluss zum Verkehrsverbund „Filsland“ hat der Kreistag einen ersten Schritt für eine Aufwertung getan. Unser Landkreis ist aber mit einem Großteil seiner Teilräume vernetzt mit der Lebenswirklichkeit der Region Stuttgart. Er muss deshalb jetzt zügig den zweiten Schritt setzen. Dies ist die **Teilintegration in den Verkehrsverbund Region Stuttgart**. Das in den Verträgen angegebene Zeitfenster Ende 2014 ist kürzer zu fassen. Organisatorisch ist das machbar. Der Vorteil: die Fördermittel des Landes können dann früher und umfangreicher in Anspruch genommen werden.

Ein späterer Start führt vertragsbedingt zu einem Abschmelzen der Fördermittel.

Als dritter Schritt ist die Anbindung an den Ulmer Verkehrsverbund DING (Donau-Illernahverkehrs-Gesellschaft) und als vierter Schritt die **Vollintegration in den VVS** einschließlich eines schlüssigen Bedienungskonzeptes in unsere Teilräume anzustreben. Nach der von den Fraktionen von CDU, SPD und FDP verabschiedeten Pressemitteilung von vorverganger Woche hoffen wir in dieser Frage auf eine breite Unterstützung im Kreistag.

Antrag 2

Der Landkreis Göppingen nimmt die Verhandlungen über die Teilintegration in den VVS auf. Er verhandelt mit dem Verband der Region Stuttgart und dem VVS mit dem Ziel, zum 1. Januar 2013 dem VVS beizutreten und für die Fahrgäste an der Schienenstrecke des Filstals ab diesem Zeitpunkt die einheitliche Verbundkarte einzuführen.

In Baden-Württemberg hat mit der grün-roten Landesregierung ein **wirklicher Politikwechsel** begonnen hin zu einer **sozialökologischen Erneuerung**: Bildungspolitik, bessere Betreuung in den Kitas, das Projekt einer integrativen und inklusiven Gemeinschaftsschule sind nur zwei Aspekte für diese Anstrengung, niemand auszugrenzen und Chancengleichheit und Gerechtigkeit für alle zu verwirklichen. Die bereits erfolgte Abschaffung der Studiengebühren war ein erster Baustein.

Nachdem sich das Land mit insgesamt 15 Mio.€ mehr an der Schulsozialarbeit beteiligt, stellen wir den

Antrag 3

Der Landkreis stellt an den Schulen in seiner Trägerschaft die Schulsozialarbeit im Modell der Drittelfinanzierung sicher. In gleicher Weise soll die offene Jugendarbeit bezuschusst werden.

Auch die **Sozialpolitik** im Landkreis Göppingen wird sich auf die neue Situation einstellen. Mit Kreispflegeplan, Kreisjugend-, Teilhabe- und Integrationsplan gibt es zwar 4 Rahmenwerke, die jetzt aber einer besseren inhaltlichen Koordination und der raschen Umsetzung bedürfen – auch deshalb, weil es noch in allen Bereichen beim Grundsatz „Ambulant vor Stationär“ Nachholbedarf gibt.

Indessen macht der notwendige **Umbau des Sozialsystems** die Aufgabenerfüllung zur kommunalen Daseinsvorsorge immer komplexer. Allein der **demografische Wandel** bedingt differenzierte Herausforderungen. Im Landkreis soll eine Vielzahl von Arbeitskreisen und Expertengremien bei der Bewältigung helfen. Der Einzelplan 4 des Kreishaushalts zieht im Rechnungsergebnis nach, was zu 96% Vorgabe von Bundes- und Landesgesetzen ist. Allenfalls 4% sind Freiwilligkeitsleistungen und gehen auf Initiativen des Kreistags zurück. Eine präventive Politik hat es hier schwer.

Sozialausgaben sind jedoch **nicht nur Finanzlast**, die durch die Kreisumlage refinanziert werden muss, sondern es geht um unverzichtbare Hilfen für Menschen in Not, für Mitbürger, die vor Ort tatsächlich zusätzliche Unterstützung brauchen. Demografiebedingt wird es etwa bei der Eingliederungshilfe für Behinderte und der Hilfe zur Pflege auf absehbare Zeit keine finanzielle Erleichterung für den Landkreis geben. Immerhin hat jetzt der Bund die Grundsicherung im Alter übernommen, was zu spürbaren Entlastungen führen muss. Um aber solche Zusammenhänge transparent zu machen, brauchen wir eine Sozialberichterstattung, die bereits antizipierend Haushaltsansätze im Sozialausschuss diskutiert. Der Sozialbericht Landkreis Göppingen, den wir mit den Daten des Vorjahres alljährlich erst im September zur Kenntnis nehmen, reicht als Instrument politischer Gestaltung keineswegs aus. Der Bericht erlaubt lediglich Anmerkungen zur Statistik. Er hat keine Steuerungswirkung.

Der steigende Zuschussbedarf im Einzelplan 4, der bald 100 Mio. Euro – und damit fast die Hälfte des Verwaltungshaushalts - erreicht, muss vom politischen Gremium konstruktiv begleitet werden. Wir sind z.B. skeptisch, ob in der Folge der Konsolidierung die Reduzierung der Ansätze bei Eingliederungshilfe, Jugendhilfe und Kosten der Unterkunft von 2 Mio. Euro realistisch sind.

Es wäre daher effektiver, wenn der Sozialausschuss laufend über den Stand der Umsetzung aller 4 Rahmenpläne informiert wird, so dass man intensiver über Einzelmaßnahmen beraten kann. Externe Kompetenz in Unterarbeitskreisen, die sich mit Konzeptionen beschäftigen, löst nicht das politische Entscheidungsproblem.

Es schafft eher Alibis für die Landkreisverwaltung, Scheinzuständigkeiten und verlängert Beratungsprozesse.

Mit einem Wort: Wir brauchen mehr Beratungszeit, weniger Tagesordnungspunkte, vor allem mehr Sitzungen des Sozialausschusses mit echten Entscheidungsvorlagen.

Antrag 4

Die SPD beantragt, beginnend in 2012, mindestens 5 Sitzungen des Sozialausschusses jährlich, weil insbesondere die Umsetzung des Integrationsplans und die Steuerung der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen hohen Beratungsbedarf haben.

Bei der Aufgabenerfüllung kommt es schon auf **Qualität und Intensität** an, oft auch auf individuellen Mut, teure Gewohnheitswege zu verlassen, um neue Problemlösungen zu finden. Das gilt ebenso für den Bezirkssozialdienst, der oft genug individuellen Stress aushalten muss.

Allgemein nehmen **derzeit** psychische Erkrankungen zund Für viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – zumal in prekären Beschäftigungsverhältnissen – ist der Druck so stark gestiegen, dass sie einem Burnout –Syndrom zum Opfer fallen. Immer häufiger führt auch Arbeitgeber-Mobbing zu schweren Depressionen.

Antrag 5

Daher beantragt die SPD-Fraktion einen Lagebericht des Gemeindepsychiatrischen Verbundes, der statistisch aufklären und zu Krankheitsfällen Stellung nehmen soll.

Angesichts der steigenden Zahlen und der zunehmenden Kosten bei den **Hilfen zur Erziehung** scheint die **Falleingangssteuerung** des Kreisjugendamts, vor sieben Jahren mit großer Hoffnung eingerichtet, nicht wirklich tragfähig zu sein.

Antrag 6

Die SPD-Fraktion beantragt einen Bericht des Kreisjugendamts zur aktuellen Praxis der Falleingangssteuerung und der Entwicklung der Fallzahlen bei den Hilfen zur Erziehung.

Den Kindern mit Behinderungen sollten **inklusive Bildungsmöglichkeiten** angeboten werden, die Eltern sollten die Schule wählen können, bei der ihr Kind die beste Förderung

und Entwicklungsmöglichkeit hat, verbunden mit der größtmöglichen Teilhabe und Integration

Antrag 7

Wir bitten um einen Bericht im Verwaltungsausschuss wie dieses Thema am Beispiel der Bodelschwingschule in Geislingen weiter verfolgt wird. Vor Jahren war von einem dringend notwendigen Neubau die Rede, jetzt sind im HH 2012 100 000.-€ für Renovierungsarbeiten der Schule eingestellt.

Uns stellen sich folgende Fragen:

Wurden Gespräche mit den Eltern, den Schulträgern der Kommunen, aus denen die Kinder kommen sowie dem Schulamt geführt?

Sind wohnortnahe Außenklassen angedacht, oder Integration der Kinder, indem ausgebildete Sonderschullehrer/innen in die Regelschulen kommen?

Es kann uns allen nicht gleichgültig sein, dass der Landkreis Göppingen bei der **Kinderarmut** im Land Baden-Württemberg einen **Spitzenplatz** hat und der Trend weiterhin nach oben geht. Es ist beschämend, wenn wir in diesem Jahr schon über 3500 arme Kinder registrieren müssen. Leider hat ja unser Landkreis im Vergleich der 35 baden-württembergischen Landkreise ziemlich schlechte Sozialindikatoren. Auch wenn die Arbeitslosenquote der unter 25-jährigen sich verbessert hat. Und trotz des Rechtsanspruchs aller 1-jährigen auf einen Platz in der Kinderkrippe ab August 2013 liegt bisher die Betreuungsquote für Kleinkinder im unteren Landesdrittel.

Antrag 8

Deshalb beantragt die SPD-Fraktion einen Lagebericht des Kreisjugendamts, wie der Rechtsanspruch auf Betreuung in Kindertagesstätten fristgerecht zu erfüllen ist.

Inzwischen wurde es offensichtlich, dass das **Bildungs- und Teilhabepaket** für Kinder aus sozial schwachen Familien - das Lieblingsprojekt von Frau von der Leyen - einen bürokratischen Aufwand betreibt, der in keinem Verhältnis zu den Ergebnissen steht. Bisher sind **nur ein Drittel** der anspruchsberechtigten Kinder überhaupt erreicht worden. Und die

Antragsbearbeitung geht so schleppend voran, dass nur wenige die versprochenen Leistungen in Anspruch nehmen oder nehmen können.

Antrag 9

Die SPD-Fraktion stellt daher den Antrag, spätestens im April 2012 durch das Job Center Göppingen und das Kreissozialamt über den konkreten Stand der Umsetzung des Bildungspakets zu berichten und dabei insbesondere die Kostenerstattung mit Bundesmitteln darzustellen.

Wir können wieder etwas optimistischer in die Zukunft schauen. Dazu trägt die Nachhaltigkeitspolitik der neuem Landesregierung bei , aber auch das von uns seit Jahren geforderte und jetzt von der Verwaltung vorgeschlagene **Integrierte Klimaschutzkonzept**. Umweltschutz wird dabei zu einem Nutzenfaktor mit einem vielfachen Mehrwert. Die SPD-Fraktion steht deshalb vorbehaltlos zu dem vorgeschlagenen Konzept.

Antrag 10

Wir fordern die Festlegung von verbindlichen Planungszielen mit eindeutigen Messpunkten (u.a. CO₂-Einsparung), eine systematische Einbindung unserer Berufs- und Fachhochschulen und eine zeitnahe Konzeptumsetzung.

Globale Ziele, wie sie hoffentlich jetzt in Cancun festgeschrieben werden, müssen wir mit aller Konsequenz auf unseren Verantwortungsbereich herunterbrechen, wir müssen **lokale Antworten** finden. Dazu gehören u.a. ein verbindliches Klimaschutzkonzept für den Landkreis, ein intelligentes, sich am Netto-Null ausrichtendes Flächenmanagement, ein integriertes, mit allen Verkehrsträgern abgestimmtes Verkehrssystem und, wie von uns schon seit Jahren gefordert, ein zukunftsweisendes **ökologisch ausgerichtetes Müllkonzept**.

Antrag 11

Wir fordern für Studenten und Auszubildende Regelungen, die die bestehenden Benachteiligungen beheben, das Angebot attraktiver machen und letztlich unseren Stauferkreis auf Augenhöhe mit den Standards benachbarter Verkehrsverbünde bringen.

Der Landkreis ist in seiner Zuständigkeit verpflichtet, für einen sozialverträglichen, in die Teilräume vernetzten und sicheren ÖPNV zu sorgen. Die SPD-Fraktion wird die Einlösung dieser Ansprüche gerade bei der **Schülerbeförderung** weiterhin mit kritischen Augen prüfen. Wir sind uns der schul- und familienpolitischen Tragweite dieser Pflichtaufgabe bewusst. Wir begrüßen, dass erstmals seit 1997 das Land seine Zuschüsse bei der Schülerbeförderung erhöht. Nur wenige Monate nach dem Regierungswechsel macht „Grün-Rot“ offensichtlich Ernst. „Kinderfreundliches Baden-Württemberg“ erhält fassbare Konturen und verkümmert nicht weiter als inhaltsloser Politiksllogan. Unser Landkreis partizipiert an diesem Kuchen mit 358 000 Euro. Herr LR Wolff, ihren Vorschlag zur Verbesserung des Schüler-Abos werden wir wohlwollend prüfen. Die von Ihnen angekündigte „schmerzliche Anhebung der Eigenanteile in der Schülerbeförderung“ werden wir nicht mittragen!

Dieser Kreistag hat wiederholt ein festes Bekenntnis zu seinen **beiden Klinikstandorten Göppingen und Geislingen** abgegeben.

65 Mio. € Investitionen in die Kliniken in den nächsten Jahren sind beileibe keine Kleinigkeit. Deshalb begrüßen wir sehr, dass die Gesellschafterversammlung unserem Antrag nach einem umfassenden externen Gutachten für unsere Klinik an zwei Standorten endlich gefolgt ist; wertvolle Zeit ist allerdings in der Zwischenzeit verstrichen.

Herr Landrat Wolff, Herr Kreiskämmerer Stolz,

wir sind bereit, den von Ihnen eingeschlagenen **Kurs der Konsolidierung** mit zu gehen.

Dies beinhaltet auch, dass wir die von Ihnen vorgeschlagene Höhe der Kreisumlage so akzeptiert hätten, wobei es auch Stimmen in der Fraktion gab, die angesichts des enormen Investitionsstaus die Kreisumlage lieber noch höher angesiedelt gesehen hätten.

Nach dem Brief von Herrn KK Stolz vom 30.11. und der darin ins Auge gefassten Gesamtverbesserung für 2011 in Höhe von 4,6 Mio stimmen wir zu, den Verlustvortrag von 2,8 Mio für die Klinikdefizite noch dieses Jahr auszugleichen um für das HHj 2012 eine finanzielle Entlastung zu erreichen.

Wir halten es allerdings auch für richtig, über die Verwendung der restlichen Verbesserung von 1,8 Mio und die Besserstellung durch die Erhöhung der Schlüsselzuweisungen erst im Laufe der Beratungen nach der heutigen 2. Lesung zu entscheiden.

Dabei sollten wir nicht übersehen, dass auch die Städte und Gemeinden von den erhöhten Schlüsselzuweisungen nicht unerheblich profitieren werden.

Mein Dank gilt zunächst den Mitgliedern meiner Fraktion, die mir wieder in bewährter Weise das Material für dies Stellungnahme zusammengestellt haben. Die Inhalte, die ich hier übernehmen durfte, übersteigen bei weitem den Umfang der unbelegten Zitate und Zuarbeiten in der Doktorarbeit eines gewissen Freiherrn von und zu.

Im Namen der SPD-Fraktion darf ich mich bei Ihnen, Herr Kreiskämmerer Stolz und allen Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die gute Vorarbeit und die Aufstellung des Haushaltsentwurfs ebenso wie für die zuverlässige Arbeit im vergangenen Jahr bedanken. Unser herzlicher Dank gilt ebenfalls allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, in unseren Schulen, in unseren Kliniken und des Abfallwirtschaftsbetriebs.

Unser besonderer Dank, gilt Ihnen Herr Landrat Wolff und allen Kolleginnen und Kollegen des Kreistags für die gute Zusammenarbeit im vergangenen Jahr. Die wünschen wir uns auch für die kommenden Aufgaben.

Wie geht es weiter?

Lieber ein Ende mit Schrecken? überschreibt der **Spiegel** vom 28.11. den Schlussabsatz seiner Titelgeschichte: **“Und jetzt?”** Weiter heißt es dort: „An den Finanzmärkten wächst die Skepsis, ob der Euro am Ende überhaupt zu retten ist. Die britische Finanzaufsicht Financial Services Authority forderte die britischen Banken in der vergangenen Woche bereits auf, sich schon jetzt auf das Ende der Währungsunion vorzubereiten...Einige Fachleute halten es sogar für ratsam, dass hochverschuldete Staaten wie Griechenland, Portugal und womöglich sogar Italien die Gemeinschaftswährung wieder abschaffen. Andere spielen den **Plan B für Deutschland** durch: raus aus dem Euro, zurück zur D-Mark. Wäre ein solches Ende mit Schrecken nicht besser als ein Schrecken ohne Ende?“

Es scheint nicht völlig ausgeschlossen, dass wir den Haushalt 2013 nicht nur im Doppik-System sondern auch wieder in DM beraten und verabschieden werden.

Eschenbach, 30. November 2011



Peter Feige

Anhang

*In Zusammenhang mit den steigenden Sozialausgaben weisen wir zum wiederholten Mal darauf hin, dass wir nicht nur ein **Ausgabenproblem** sondern in allen Sozialversicherungssystemen auch ein **Einnahmeproblem** haben.*

*Durch prekäre Beschäftigungsverhältnisse mit nicht auskömmlicher Bezahlung sind immer wieder Menschen gezwungen, obwohl sie einer regelmäßigen Beschäftigung nachgehen, **aufstockende Leistungen zum Lebensunterhalt** zu beantragen.*

Durch geringe Beitragszahlungen in die Rentenversicherung wird dieser Personenkreis im Alter zu Beziehern von Grundsicherung.

*Die SPD fordert schon seit Jahren im Schulterschluss mit den Gewerkschaften den flächendeckenden **Mindestlohn**.*

Frau Merkel und die CDU haben etwas länger gebraucht um diese Notwendigkeit zu erkennen, leider wird ein kompliziertes System angedacht, weil man sich nicht an den gesetzlichen Mindestlohn traut.

Dabei zeigen Beispiele aus anderen Ländern, z. B. aus Großbritannien, dass der Mindestlohn keinerlei negativen Auswirkungen für den Arbeitsmarkt hat – ganz im Gegenteil. Weitere Ergebnisse einer Studie zu diesem Thema waren in der NWZ vom 31.10.2011 zu lesen. Unter anderem wurde festgestellt, dass 1,4 Mio. Briten, die sonst Sozialhilfe bezogen hätten, nun für den Mindestlohn arbeiten. Dies sind erhebliche Einsparungen für die Sozialhaushalte, und ein Instrument zur sozialen Gerechtigkeit.

*Es geht uns aber auch darum, die **sozialpolitischen Leistungen des Landkreises** in der öffentlichen Wahrnehmung **aufzuwerten**. Der große Zuschussbedarf im Haushalt steht ja in einem merkwürdigen Gegensatz zum niedrigen Informationsniveau der Bürgerinnen und Bürger. Pressemitteilungen der Verwaltung müssen auch unbequeme Wahrheiten darstellen.*

Die Schuldnerberatungsstelle, einst von der SPD-Fraktion beantragt und nach langer Debatte schließlich beschlossen, ist längst zu einer wichtigen Einrichtung geworden.

Antrag 12

Wir wollen wissen, wie die gegenwärtige Beratungspraxis aussieht. Trifft es zu, dass die Tätigkeit der Schuldnerberatungsstelle dauerhafte Sozialhilfeabhängigkeit vermeidet? Dazu beantragt die SPD-Fraktion einen aktuellen Bericht.

*Beim **neuen Integrationsplan** sehen auch wir eine wichtige Priorität in der frühkindlichen Sprachförderung. Für Kindergärten sind allerdings Gemeinden und freie Träger zuständig. Und die Gemeinderäte kommen ihrer Pflicht nach, durch Orientierungspläne den Schwerpunkt Sprachförderung umzusetzen. Hier ist auch das Gesundheitsamt im Rahmen der Schuleingangsuntersuchung tätig. Und dafür gibt es Landesmittel.*

Hier nun Lücken im System ausfindig zu machen, ist zwar nicht falsch. Aber angesichts der minimalen Kapazität von nur 0,3 Stellenanteil der Integrationsbeauftragten scheint doch die Gefahr einer Verzettelung ohne Ergebnis groß.

*Wo aber der Landkreis originär, direkt und dauerhaft im Sinn besserer Integration einsteigen sollte, das ist bei der **Elternbildungsarbeit in türkischen Familien**. Migrantenkinder aus bildungsfernen Familien haben nur dann beim deutschen Spracherwerb eine Chance, wenn ihre Mütter – und (– vor allem die türkischen) Väter – einbezogen werden. Nur dann ist ein oft erdrückendes Hindernis für die Kinder zu beseitigen, die Deutsch lernen als Voraussetzung für Schulabschluss, eigene Ausbildung und Berufstätigkeit sehen müssen.*

Diese Kinder sind hier geboren. Wir haben eine gemeinsame Heimat und wir wollen nicht auf ihren gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zukunftsbeitrag verzichten.

Dort, wo es in den Kommunen ein trägerübergreifendes interkulturelles Netzwerk gibt, sind Bildungskonzepte effektiv zu verwirklichen. Die Familientreffs, Häuser der Familie, Türkische Teestuben usw. sind kommunikative Zentren, die mit der Zielgruppe arbeiten und eine entsprechende Dozententätigkeit haben. Es fehlt ihnen aber an Geld für Honorare, um ein anspruchsvolles Programm durchzuhalten. Diese Bildungsarbeit mit türkischen Familien zu stärken, dafür sollte der Kreistag eigenes Geld in die Hand nehmen.

Antrag 13

Die SPD-Fraktion beantragt, in Projekte für Elternbildungsarbeit mit türkischen Familien zu investieren, beginnend mit den Netzwerken der Familientreffs in Göppingen und Geislingen. Dafür sind auch Landesmittel zu beantragen.

Dass kontinuierliche Integrationsarbeit mit einer minimalen Personalkapazität kaum optimal sein kann, bedarf keiner Erklärung.

Antrag 14

Die SPD beantragt die Erweiterung der Stelle der Integrationsbeauftragten von 0,3 zunächst auf 0,5 Anteil, um überhaupt die Umsetzung des Integrationsplans in den kommenden Jahren zu gewährleisten.

Selbst eine Halbtagsstelle wird bei diesem gesellschaftspolitischen Gesamtprojekt im Landkreis auf die Dauer nicht reichen.

Antrag 15

Daher beantragt die SPD-Fraktion auch ab 2012 einen jährlichen Integrationsbericht im Kreistagsplenum, der den aktuellen Stand von Integrationsmaßnahmen und die Erfolge bei der Interkulturellen Öffnung der Landkreisverwaltung nachweist.

*Im Zusammenhang mit dem Stellenplan erinnern wir daran, dass sich das Kreissozialamt im Jahr 2010 durch zwei Stellen im **Fallmanagement der Eingliederungshilfe** verstärkt hat. Nach einem Jahr sind erste Erfahrungswerte interessant, vor allem unter dem Gesichtspunkt, ob sich die Fallsteuerung zur Kostensenkung auswirkt.*

Antrag 16

Zum Fallmanagement beantragt die SPD-Fraktion einen Bericht der Verwaltung mit einzelnen Falldarstellungen

Die Grenzen des Kfz-Verkehrs machen die **Einbindung aller Verkehrsträger im Umweltverbund** notwendig. Mehr Rad bedeutet, mehr Klimaschutz aber auch mehr Mobilität mit einhergehender Gesundheitsvorsorge im Alltag. In den Niederlanden liegt der „Modal Split“ bereits bei 28 Prozent. Um auch bei uns in Deutschland eine deutliche Erhöhung in den zweistelligen Bereich zu erreichen, muss das **Fahrrad** ein selbstverständlicher Bestandteil einer integrierten Verkehrspolitik werden und bei allen Konzepten für Verkehr, Stadtentwicklung und Raumordnung angemessen berücksichtigt werden.

Den Verkehrsplanern in der Landkreisverwaltung ist es im Zusammenspiel mit den Kommunen gelungen, uns in die **Spitzenplätze der Landesliga** zu spielen. Das wird über unsere Kreisgrenzen hinaus mit gewissem Neid beobachtet. Es eröffnet vielfältige Chancen so u.a. bei den favorisierten Modellprojekten im Rahmen des neuen Generalverkehrsplanes. Mit der vorliegenden „**Radverkehrskonzeption Landkreis Göppingen**“ und den angestoßenen Projekten sind deutliche Signale gesetzt, uns mittelfristig als **fahrradfreundlichster Landkreis** in der Region zu qualifizieren. Damit der Radverkehr mit all seinen Vorteilen auf die Überholspur kommt, ist es jedoch eine Notwendigkeit, dass ausreichende Finanzmittel langfristig in den anstehenden Haushalten bereit gestellt werden. Mit dem Investitionsprogramm 2012 – 2021 und der verbindlichen Aufnahme in die mittelfristige Finanzplanung wird eine alte Forderung von uns erfüllt. Die von der Verwaltung ab 2012 vorgeschlagene jährliche Investitionsrate in Höhe von 100 000 Euro ist nach unserem Ermessen nicht ausreichend. Die Gesamtkosten für das 830 km umfassende Radwegnetz summieren sich auf 17 Mio. Der Investitionsanteil des Landkreises beträgt ca. 6 Mio. Bei dem vorgeschlagenen Investitionszeitraum würde das ein Investitionsvolumen in Höhe von 600 000 pro Jahr bedeuten.

Antrag 17

Wir beantragen ein mit dem integrierten Klimaschutzkonzept abgestimmtes verbindliches Investitionsprogramm 2012-2021. Basierend auf der Zieldefinition "Verdoppelung des Radverkehrsanteils beim Modal Split im LdKr-GP" sind im Investitionsprogramm Strategieoptionen festzulegen und in einem Leitbild darzustellen.

Wir beantragen dazu die Bereitstellung von jährlich 150 000 Euro im Vermögenshaushalt ab 2012.

*Wir begrüßen, dass die Verwaltungsspitze und die Fachleute in der Landkreisverwaltung die Stärkung des **Umweltverbunds aus Fahrrad, Bus und Schiene** ernsthaft in ihrer Agenda festgeschrieben haben. Wir teilen die Meinung der Verwaltung uneingeschränkt, dass diese Stärkung schon im Blick auf die zu erreichenden Klimaschutzziele unumgänglich sei und nicht zuletzt dem Image und der Außenwahrnehmung unseres Landkreises ein solches Prädikat mehr als gut täte.*

Antrag 18

Wir fordern im Rahmen der Höherstufung der Kreisstraße 1426 Süßen –Schlat eine Sanierung des parallel geführten Radwegs, der insbesondere im Streckenabschnitt „Schlater Wald“ nicht mehr den Anforderungen an die Verkehrssicherungspflicht genügt.

*Es ist ein verkehrspolitisches Armutszeugnis, dass die **A8** als eine der wichtigsten Autobahnmagistralen mit der geplanten Schnellbahntrasse bis Mühlhausen und dann ab Hohenstadt sechsspurig ausgebaut wird, der Alaufstieg aber als tägliches Nadelöhr bestehen bleibt. Selbst in einschlägigen Autobahnforen im Internet flüchten sich manche Blogger wegen des über zehnjährigen Planungschaos‘ in Sarkasmus : „Es wird wohl erst etwas geschehen, wenn die Brücken und Überführungen langsam zerbröseln. Die sind doch für 1000 Jahr gebaut“, frozelt ein Schreiber in Anspielung auf den Reichsautobahnbau. Wie wir alle wissen landete das von der alten Landesregierung vehement ins Spiel gebrachte mautfinanzierte Lösungskonzept durch einen privaten Investor buchstäblich auf dem Standstreifen. Verkehrspolitik im 21. Jahrhundert sieht anders aus. Wenn der Verkehr ab 2012 dreispurig von Stuttgart herangerauscht kommt, kann sich jeder vorstellen welche chaotischen Verkehrsszenarien sich dann in Gruibingen, Mühlhausen, Gosbach und Wiesensteig abspielen. Ein völlig inakzeptabler Zustand.*

Das Abtauchen unserer beiden Bundestagsabgeordneten Riegert und Simmling, letzterer sogar als Mitglied im Verkehrsausschuss in dieser so exponiert wichtigen Verkehrsfrage auch gerade für unseren Landkreis haben wir mit Verärgerung festgestellt.

Antrag 19

Wir fordern beide Abgeordneten zu einer öffentlichen Stellungnahme zum aktuellen Sachstand A 8 Alaufstieg und Weiterbau B10/B466 auf .

Offensichtlich bremst Berlin, wenn das Bundesverkehrsministerium bereits begonnen Projekten den Vorrang gibt und den B10/B466 Weiterbau als neues Vorhaben definiert. Dies widerspricht eindeutig der bisherigen Bewertung, dass das gesamte Projekt von Eisingen West bis Gingen-Ost als eine Einheit behandelte. Der Abschluss der planfestgestellten Abschnitte wird in Berlin offenbar als nicht mehr so dringend angesehen. Von einer Entlastung Gingens ist keine Rede mehr. Das Zentrum von Süßens entlang der Heidenheimerstraße bleibt mit täglich weit über zehntausend Fahrzeugen hoch belastet und verzögert weiterhin die für Süßen so wichtige innerstädtische Entwicklung. Mehr als 30 000 Fahrzeuge, die sich heute täglich mit Lärm und Gestank durch die Zentren dieser Orte quälen, können nicht mehr länger hingenommen werden. Am schnelle und gleichzeitigen Weiterbau beider Abschnitte darf nicht mehr gerüttelt werden.

Antrag 20

Wir fordern die Landesregierung in ihrer Zuständigkeit um eine eindeutige Priorisierung dieses für die Infrastruktur des Landkreises so bedeutsamen Straßenbauprojektes auf.

*Die Stuttgarter Luftreinhalteverordnungen, der neue Anschluss B 297/B29 Lorch und der zunehmende Mautausweichverkehr verschärfen die hohen Belastungen bei den Querungen zwischen Fils- und Remstal, wovon insbesondere Schleichwege über die Landes- und Kreisstraßen sowie vorrangig die B297 betroffen sind. Für die SPD-Fraktion sind **einzelne Ortsumgehungen**, wie sie beispielsweise von der Gemeinde Wäschenbeuren gefordert werden, **wenig zielführend**. Die Bewältigung dieses Problemkomplexes ist originäre Aufgabe der übergeordneten Planungsbehörde.*

Auf der Grundlage neuester Datenerhebungen der im 5 -Jahresrythmus durchgeführten Allgemeinen Straßenverkehrszählung des Bundes, der aktuellen Erhebung durch das Regierungspräsidium und der gemeinsamen Untersuchung der Gemeinden im östlichen Schurwald mit dem Landratsamt

Antrag

21

fordern wir ein geeignetes Maßnahmenpaket, das auch Streckensperrungen für Durchgangsverkehr aufgreift. Dieses für den Landkreis maßgeschneiderte Handlungskonzept ist dann den vom Regierungspräsidium veranlassten Sperrungsmaßnahmen gegenüberzustellen.

Des Weiteren ist bei der Regionalverwaltung/Regionalparlament im Rahmen der derzeitigen Fortschreibung des Regionalverkehrsplanes eine Gesamtstrategie für den Schwerlastverkehr einzufordern.

Die Kreisbürger in diesen verkehrsbelasteten Gebieten erwarten zu Recht ein verkehrsrechtliches und verkehrsplanerisches Überdenken dieser sich zuspitzenden Belastungsspirale.

Ein noch von der alten Landesregierung zu verantwortender eklatanter Investitionsstau gefährdet bereits die gesetzliche Pflichtaufgabe der Verkehrssicherung. Die obersten Finanzkontrolleure in Karlsruhe bemängeln, dass fast die Hälfte der Landesstraßen sich in einem schlechten bis sehr schlechtem Zustand befindet.

Antrag 22

Wir beantragen erneut, dass die Verwaltung gemeinsam mit unseren Landtagsabgeordneten die Beseitigung der erheblichen Mängel in den Verkehrsräumen Geislingen, Wiesensteig und Nassachtal anmahnt und diese Abschnitte in das von der neuen Landesregierung zu erstellende Sanierungsprogramm aufgenommen werden.

*Wir begrüßen die Fortschreibung des **Kreisstraßenkatasters** und bestehen auf einer verlässlichen Umsetzung des Sanierungs- und Ausbauprogrammes. **Der Investitionsstau** verursacht einen höheren Sanierungsbedarf und somit erhebliche Mehrkosten. Eine antizyklische öffentliche Investitionsförderung ist hier dringend geboten. Wir wollen deshalb keine defensive Herangehensweise, sondern ein verlässliches Investitionsprogramm ohne Verschnaufpausen. Gehen wir davon aus, dass eine Straße rund 30 Jahre hält, müssten wir bei 211 km Gesamtstreckennetz Jahr für Jahr ca. 7 km umfassend grundsaniieren.*

Diesem wachsenden Instandsetzungsbedarf, der inzwischen auf 27 Mio angewachsen ist, kommen wir seit Jahren nicht nach. Die von der Verwaltung für Sanierung und Instandsetzung vorgeschlagenen 2,43 Mio Euro für 2012 liegen wiederum um ca. 1 Mio unter den für das Jahr 2010 ausgewiesenen Haushaltsmitteln. Hier praktizieren wir ein Sparen mit riskanten Folgekosten für die kommenden Jahre.

Antrag 23

Wir fordern für die Unterhaltung, Instandsetzung und den Ausbau unseres Kreisstraßennetzes eine fundierte Priorisierung und ein adäquates mittelfristiges Investitionsprogramm im Zeitraum 2012 – 2016.

Bei Strecken mit untergeordneter Bedeutung bitten wir um eine zeitnahe Prüfung der Klassifizierung und um eine direkte u. umfassende Information im UVA

*Es scheint so, dass der **Artenschutz und die Landschaftspflege** in der öffentlichen Wahrnehmung auch bei uns noch immer eine marginale Bedeutung einnimmt. Durch unseren Zivilisationsstil gerät die Biodiversität zusehends aus dem Gleichgewicht. Wir handeln in höchstem Maße unvernünftig, wenn wir zulassen, dass das Land seit Jahren die Mittel zur Förderung und Entwicklung von Naturschutz und Landschaftspflege drastisch kürzt. Wir schreiben einerseits in unserem Zukunftsleitbild einstimmig fest, dass die Vielfalt an Arten und Biotopen Lebensraumschutz ist und damit Verpflichtung für alle und stellen andererseits die Umsetzung dieses Leitbildes geradezu auf den Kopf, wenn wir im UVA und im Kreistag fundamental den Verwaltungsvorschlag diskutierten, die Zahl der ehrenamtlichen Naturschutzbeauftragten von 5 auf 4 zu reduzieren. Diese Tätigkeit, die ein Höchstmaß an Sachkenntnis und Engagement fordert, wird mit einer jährlichen Aufwandsentschädigung in Höhe von 1240 Euro entlohnt. Ein Kosten- Nutzenverhältnis ohnegleichen!*

Die Natur ist in der Tat unser größter Dienstleister, doch ein Drittel der Arten mussten weltweit ihren Dienst bereits aufgeben. Tag für Tag folgen weitere. Ein konsequenter Arten- und Landschaftsschutz, der sich das symbiotische Zusammenleben von Mensch und Natur ohne Wenn und Aber zum Ziel setzt, ist deshalb auch auf lokaler Ebene von existenzieller Bedeutung.

Antrag 24

Wir fordern eine umfassende Beschreibung der gegenwärtigen und zukünftigen Aufgabenfelder (u.a. Natura 2000) im Bereich Naturschutz und Landschaftspflege im Landkreis Göppingen.

Wir bitten um Berichterstattung über die aktuelle Umsetzungsquote von Ausgleichsmaßnahmen ((Straßenbau, Bebauungspläne.....) sowie deren Kontrolle im Landkreis.

Antrag 25

Wir beantragen die Einrichtung eines „Landschaftserhaltungsverbandes (LEV) „ für den Landkreis Göppingen mit folgenden Hauptzielen:

Ein flächendeckendes Netz naturnaher, intakter Lebensräume aufzubauen, Biotope zu betreuen und deren Pflege zu organisieren, der Landwirtschaft ein verlässliches Zusatzeinkommen im Naturschutz zu verschaffen und Impulse für eine ökologisch orientierte Wirtschaftsentwicklung und umweltverträgliche Landnutzung zu geben.

Mit vergleichsweise wenig Geld lässt sich dadurch ein Schulterschluss von Naturschützern und Landwirten herbeiführen. Dies wäre ein Gewinn für die Natur und für eine zeit- und fachgerechte Umsetzung des immens wichtigen europäischen Schutzgebietsnetzes „Natura 2000 „ .

*Der Landkreis erhielt durch die vorbildliche Vorarbeit unseres Forstamtes steuerungsrelevante Informationen für alle Akteure der Bioenergie-Wertschöpfungskette „Energieholz“ . Die Ergebnisse zeigten, dass der LdKr Göppingen sehr gute Voraussetzungen für die Entwicklung hin zu einer beispielhaften **B i o e n e r g i e r e g i o n** hat. Die jährliche C O 2 - Einsparung entspräche bis zu 50 000 to.*

Antrag 26

Im Rahmen eines „Waldzustandsberichtes 2012“ bitten wir um Information über Initiativen seitens der öffentl. Hand und des Gewerbes und die Beschreibung zukünftiger Planungsschritte bzw. Projekte.

Beim Pilotprojekt „Energiegewinnung aus Biomasse“ in Türkheim erwarten wir weiter eine aktive Beteiligung seitens des Landkreises und

Antrag 27

bitten um einen Zwischenbericht zum aktuellen Verfahrensstand.

Die Recycling-Technik wird immer umfassender, Müll ist schon lange ein wertvoller Rohstoff. Unser Abfallwirtschaftsbetrieb genügt weder in seiner technisch-organisatorischen Abläufen noch in den Abfallwirtschaftsbilanzen der letzten Jahre den gesetzlichen Vorgaben von Land, Bund und EUND

Antrag 28

Wir beantragen deshalb erneut die sofortige Fortschreibung unseres Abfallwirtschaftskonzepts.. Hierbei sind die Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben darzustellen sowie effizientere Lösungsmöglichkeiten bei der Müllvermeidung und – verwertung aufzuzeigen. Die Erstellung dieses „Ökologischen Müllkonzeptes“ soll im Lauf des Jahres 2012 durch ein externes Fachbüro erfolgen

Wir haben mit unseren Anträgen im UVA dazu beigetragen, die Flickschusterei bei der Thematik

Grünmassesammlung zu beenden. Mit dem Einstieg in die Trägerschaft des Kreises für zunächst drei Plätze können wir jetzt mit einer sinnvolleren energetischen und stofflichen Verwertung des Grüngutes und des holzigen Rohstoffs beginnen.

Antrag 29

Wir fordern, dass der AWB durch die geordnete Anlieferung, die Auftrennung in die verschiedenen Stofffraktionen und die effiziente Nutzung der Energiegehalte konsequent weiter verfolgt.

Die amtliche und private Grünabfuhrsystematik muss nachgebessert werden.

Nachbarkreise praktizieren bereits beispielhaft mehr Benutzerfreundlichkeit. Wir brauchen das Rad auch in diesem Bereich nicht neu erfinden.

Das Scheitern bei der Einrichtung des Grüngutplatzes „Salach-Süßen“ mit der Folge, dass ein gewichtiger neuer Baustein bei unserer Grüngutverwertung herausbricht und der Gebührenzahler letztlich die 50 000 Euro an Planungskosten aufbringen muss, bedauern wir. Offensichtlich haben die Entscheidungsträger insbesondere in Salach nicht umsichtig vorberaten. Die Tragweite von Beschlüssen muss sorgfältiger abgewogen und kommuniziert werden.

Die von der Verwaltung vorgeschlagene „konzentrierte Klausur im kleinen Kreis zum Thema Nahverkehrsplan“, begrüßt die SPD-Fraktion.

Antrag – 30

Ergänzung (nachgereicht 5.12.2011) ÖPNV-Sozialticket im Landkreis Göppingen

Zur Sicherung der Mobilität aller Bürger im Landkreis Göppingen beantragt die SPD-Kreistagsfraktion die Einführung eines „Sozialtickets im Öffentlichen Personennahverkehr“. Das Sozialticket beinhaltet die Ermäßigung auf Zeitkarten oder Einzelfahrscheine für folgenden Personenkreis: Empfänger von Arbeitslosengeld II (SGB II), Empfänger von laufender Sozialhilfe (Hilfe zum Lebensunterhalt und Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung); Empfänger von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG)

Begründung :

Für den o. a. Personenkreis ist ein reguläres Nahverkehrsticket nicht finanzierbar. Im Regelsatz für Verkehrsdienstleistungen sind dafür 18,11 Euro (?) vorgesehen. Das reicht bei weitem nicht aus, wie ein Blick auf die Tarifstruktur beim „Filsland Mobilitätsverbund“ zeigt. Ein reguläres Monatsticket kostet abhängig von der Zone zwischen 49 Euro und 112 Euro. Mobilität ist ein Grundrecht: Die Pflege sozialer Kontakte, Arztbesuche, Versorgungsfahrten oder Fahrten zur Arbeit(ssuche) sind für die Teilhabe an der Gesellschaft unerlässlich. Mobilität ist genauso ein Teil der sozialen Infrastruktur wie ein kostenloser Schulbesuch, ein bezahlbares Gesundheitssystem sowie ein uneingeschränkter Zugang zu Nahrung, Wasser und Energie.

Es gibt vergünstigte Monatskarten für SeniorInnen, SchülerInnen, Studierende und Arbeitnehmer (Firmenticket). Warum nicht auch für diejenigen, die am wenigsten haben ? Empirische Untersuchungen aus Städten und Kreisen zeigen, dass bei entsprechender Ausgestaltung des Sozialtickets der öffentliche Zuschussbedarf sich in Grenzen hält, weil die Mindereinnahmen beim einzelnen Ticket durch Mehrverkauf ausgeglichen werden können.